



Gesine Meißner Für Niedersachsen, Hamburg und Bremen in Europa

Liebe Leserin, lieber Leser,

unter dem Eindruck der aktuellen Krisen in Nordafrika und dem Nahen Osten stand in der Mai-Plenarwoche des Europäischen Parlaments in Straßburg die Diskussion zur Außen- und Sicherheitspolitik der EU im Zentrum der Debatten:

I. Einige aktuelle Beschlüsse und Diskussionen

Außen- und Sicherheitspolitik der EU

Die Handlungsweise der EU Nordafrika und den Nahen Osten betreffend zeigt die Defizite, die noch in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bestehen. In Syrien geht Assads Regime mit brutalsten Methoden gegen seine demonstrierende Bevölkerung vor, die EU friert lediglich 13 Konten ein und unternimmt sonst zunächst nichts gegen Assad. An den Mittelmeergrenzen der EU kommen immer mehr Flüchtlinge aus Nordafrika an, die EU-Mitgliedsstaaten drohen mit Wiedereinführung der Kontrollen an Binnengrenzen – wie jetzt in Dänemark geschehen - anstatt sich gemeinsam dieser Herausforderung zu stellen. Ein europäisch gedachter Ansatz wäre, sich miteinander abzusprechen und Wege zu einer effektiveren Kontrolle der EU-Außengrenzen zu suchen. Dazu gehört auch der Wille, zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der Tenor der außenpolitischen Debatte im Europaparlament war eindeutig: die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist zu schwach und zu wenig gemeinsam. Während es von allen Seiten Kritik an der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton hagelte, wiesen wir Liberalen auch auf den mangelnden politischen Willen und nationale Alleingänge in den Mitgliedsstaaten hin, die Ashtons Handlungsfähigkeit einschränken. Ein Beispiel dafür ist die fehlende Bereitschaft, den EU-Staaten, bei denen die meisten Flüchtlinge ankommen, stärker unter die Arme zu greifen. Ein Deal zweier Staatschefs - Berlusconi und Sarkozy - ist nicht gerade das, was man von einer gemeinsamen europäischen Migrationspolitik erwartet. Ebenso kritisiert wurde die Zurückhaltung der EU gegenüber Syrien. In einer Videokonferenz mit unserer Fraktion rief ein syrischer Regimekritiker und Internetaktivist zu größerem politischen Druck und gezielten Sanktionen gegen die Regimemitglieder auf. Er riet jedoch von Sanktionen ab, die die breite Bevölkerung treffen. Auch eine militärische Intervention lehnen die syrischen Oppositionellen ab, da das Militär in Syrien bisher regimetreu geblieben ist und somit wenig Chancen auf einen Erfolg einer Intervention bestünden. Die Frage nach der europäischen Reaktion wird noch für viel Gesprächsbedarf in der EU sorgen. In Straßburg forderten wir Abgeordnete in Übereinstimmung mit Frau Ashton eine neue EU-Außenstrategie, die den Fokus auf europäische statt nationaler Interessen legt und zu einem einheitlicheren Auftreten der EU führt. Einstweilen jedoch, forderte das Europaparlament, müssen die Instrumente besser ausgenutzt werden, die die EU hat. Je stärker die EU ihre Kompetenzen ausschöpft, desto weniger sehen sich die Mitgliedsstaaten gezwungen, eigenständig zu handeln.

Haushaltsführung der EU-Kommission in 2009

Das Europäische Parlament hat in Sachen Haushaltsführung gegenüber den anderen EU-Institutionen eine regelmäßige Prüfungscompetenz. In dieser Funktion hat es jetzt die Haushaltsführung der EU-Kommission in 2009 genehmigt. Außerdem hat das Europaparlament erreicht, dass die Kommission in Zukunft bessere Kontrollinstrumente über die Ausgaben des EU-Budgets in den Mitgliedsstaaten hat, wo 80% der Mittel ausgegeben werden. Davon versickert immer noch zu viel unkontrolliert. Immerhin können künftig regelwidrige Zahlungen von der Kommission automatisch gestoppt werden.

Transparenzregister

Der jüngste Skandal um vier Europaabgeordnete, die Geldzahlungen für Einflussnahme in der Gesetzgebung entgegengenommen haben sollen, hat Überlegungen zur Arbeitsweise im Europäischen Parlament erforderlich gemacht. Mit seinem Plenarbeschluss bestätigte das Europaparlament eine Vereinbarung mit der EU-Kommission über ein gemeinsames öffentliches Register der bei ihnen aktiven Interessenvertreter. Die Offenlegung der bei Europaparlament und EU-Kommission registrierten Lobbyisten ist ein wichtiges Instrument für Transparenz in der Gesetzgebung. Allerdings ist es nicht im Sinne dieser Transparenz Regeln aufzustellen, die nicht um- und durchsetzbar sind. Wir Liberale setzen uns stets für Bürokratieabbau und gegen übertriebene Regelungswut der EU ein. Wir haben daher in der Plenarabstimmung zum Transparenzregister den Vorschlag nicht unterstützt, Europaabgeordnete über alle ihre Gesprächstermine mit Lobbyisten öffentlich Buch führen zu lassen. In Anbetracht der Tatsache, dass Informationen schriftlich, telefonisch und über Mitarbeiter übermittelt werden können und dass sich Gespräche auch spontan ergeben können, ist eine solche Regelung überzogen und bürokratisch. Und es wäre absurd alle Abgeordneten unter Generalverdacht zu stellen.

Fischereibeihilfen

In dem von den Fraktionen EVP und S&D eingebrachten Entschließungsantrag fordert das Europäische Parlament eine Anhebung der Höchstgrenzen für die sog. De-Minimis-Beihilfen im Fischereisektor. Diese nationalen Beihilfen müssen bis zu der festgelegten Obergrenze nicht von der Kommission genehmigt werden, können jedoch von ihr kontrolliert werden. Mit dem erhöhten Beihilfevolumen soll den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit gegeben werden, mit erhöhten Subventionen die schwierige Situation der Fischer infolge der gestiegenen Treibstoffpreise ab zu mildern. Von den Liberalen wurde dieser Vorstoß abgelehnt, da er keine dauerhafte Lösung für eine Situation bietet, die sich mittelfristig nicht wesentlich ändern wird. Statt die Subventionen zu erhöhen sollte eine Fischereipolitik gemacht werden, die eine Anpassung des Fischereisektors an die veränderten Gegebenheiten fördert.

Kostensenkung für grenzüberschreitend tätige mittelständische Unternehmen

Für eine schnelle Umsetzung des 'Small Business Act' für Europa sprach sich das Plenum in einer Entschließung aus. EU-Kommission und Mitgliedsstaaten hatten sich darin 2008 unter anderem zur Umsetzung von vier Gesetzesvorhaben zur Unterstützung des Mittelstands verpflichtet. Allein beim Statut für die 'Europäische Privatgesellschaft' konnten sich die Mitgliedsstaaten bisher nicht einigen, hauptsächlich aufgrund des Widerstands Deutschlands. Hauptstreitpunkte sind das für eine Gründung erforderliche Mindeststammkapital, die mögliche Aufspaltung von Verwaltungs- und Registersitz, der Schwellenwert für die Mitbestimmung und die mögliche Errichtung durch Spaltung und Fusion. Für grenzüberschreitend tätige mittelständische Unternehmen würde die 'Europäische Privatgesellschaft' (EPG) jedoch große

Erleichterungen mit sich bringen. Sie könnten endlich ihr Unternehmen EU-weit in derselben Gesellschaftsform betreiben. Bisher müssen sie hierzu noch Tochtergesellschaften in den unterschiedlichen Gesellschaftsformen der jeweiligen Mitgliedstaaten errichten. Zudem kann die EPG helfen, Kosten der Gründung, aber auch der laufenden Rechtsberatung, der Rechnungslegung und der Erstellung der Jahresabschlüsse für den Mittelstand deutlich zu senken. Deshalb ist es wichtig, dass die Mitgliedstaaten möglichst schnell pragmatische Lösungen für die verbleibenden Streitpunkte finden.

Mehr Mobilität für junge Menschen in Europa

In einem Bericht, den das Europaparlament in Straßburg verabschiedet hat, fordert es eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der Mobilität junger Menschen und zur Verbesserung der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Laut dem Bericht ist eines der größten Hindernisse für die Mobilität von Studenten, dass eine zwingende Vorschrift zur vollständigen Anerkennung der Studienleistungen während eines Studentenaustausches fehlt. Das bestehende freiwillige Kredit-Punkte-System ist nicht ausreichend. Gerade in Zeiten knapper Kassen versuchen Studenten ihre Ausbildung so schnell wie möglich durchzuziehen. Verlorene Semester durch fehlende Anerkennung nehmen Studenten daher seltener in Kauf und bleiben lieber an einem Ort. Mobilität aber erhöht die Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt. Wir sollten daher die Mobilität junger Menschen fördern und europäische Austauschprogramme weiter finanziell unterstützen. Bessere Vermittelbarkeit soll außerdem durch eine bessere Anpassung der Ausbildungen an den Bedarf auf dem Arbeitsmarkt und die Förderung unternehmerischer Fähigkeiten junger Menschen erreicht werden. Zur Erreichung dieses Ziels ruft das Parlament in seinem Bericht Mitgliedsstaaten und Kommission zu größeren Anstrengungen über die bestehenden Programme hinaus auf.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Sicherheit an Flughäfen und in der Luftfracht (Schattenbericht)

Ein umfassender Bericht zu verschiedenen Aspekten der Sicherheit an Flughäfen wird nächste Woche im Verkehrsausschuss des Europaparlaments abgestimmt. Grundlage des Berichts ist eine Mitteilung der Kommission, die Vorschläge enthält, wie die Sicherheit an europäischen Flughäfen erhöht werden kann. Zu diesem Zweck sollen Body Scanner auf die Liste der Kommission für mögliche Kontrollinstrumente aufgenommen werden. Mitgliedsstaaten haben dann die Möglichkeit zu entscheiden, ob sie Körperscanner einsetzen wollen oder nicht. Dabei werden auf europäischer Ebene Kriterien festgelegt, die die eingesetzten Scanner erfüllen müssen – z.B. gesundheitliche Unbedenklichkeit, Datenschutz, Schutz der Privatsphäre. Als Schattenberichterstellerin setze ich mich dafür ein, dass die Scanner keine Röntgenstrahlentechnik anwenden (in Deutschland darf ohnehin nur zu gesundheitlichen Zwecken geröntgt werden), die Ergebnisse nur mit einem grünen OK oder mit Pictogrammen - also schematische Darstellungen und keine Körperbilder - anzeigen und keine Daten speichern. Passagiere sollten außerdem die Wahlmöglichkeit haben, statt durch den Scanner zu gehen sich wie bislang üblich abtasten zu lassen. Es darf nicht sein, dass – wie in den USA geschehen – Menschen nicht mitfliegen dürfen, weil sie aus bestimmten (religiösen/kulturellen) Gründen den Scanner ablehnen und alternative Überprüfungen nicht mehr angeboten werden. Der Einsatz des Bodyscanners soll auch dazu dienen, die Sicherheitskontrollen zu

beschleunigen und Warteschlangen zu verkürzen. Daher müssen sie auch technisch in der Lage sein, dies zu leisten.

Wenig Fortschritt ist bisher bei den Flüssigkeitskontrollen zu verzeichnen. Eigentlich sollten die Mitgliedsstaaten bis Ende April dieses Jahres die Voraussetzungen geschaffen haben, dass zumindest Transitpassagiere unbeschränkt Flüssigkeiten, die sie im Duty-free-Bereich erworben haben und in speziellen fest versiegelten Tüten bei sich tragen, mit in die Kabine nehmen können. Da es den Mitgliedsstaaten bis dato nicht gelungen ist und einige sich weigern, die dafür von der Kommission vorgeschriebenen zusätzlichen Flüssigkeitsscanner zu kaufen und an ihren Flughäfen einzusetzen, hat die Kommission diese Bestimmung vorerst außer Kraft gesetzt. Derzeit wird beraten, wie nun weiter verfahren werden soll. Eine vollständige Aufhebung der Beschränkung für Passagiere, nur Flüssigkeiten bis zu 100 ml bei sich zu haben, ist bis 2013 vorgesehen.

Arbeits- und Sozialausschuss

EU und China - ungleicher Handel?

Zu einem Initiativbericht des Ausschusses für Internationalen Handel zum Thema Handel EU-China hat der Arbeits- und Sozialausschuss eine Stellungnahme abgegeben. Darin werden zum einen die Bedeutung des Handels zwischen den beiden Regionen und die daraus erwachsenen wirtschaftlichen Vorteile für beide Regionen betont. Allerdings wird in diesem Zusammenhang China auch aufgerufen, gegen die parallel zur Zunahme des Handels ansteigende Zahl menschenunwürdiger Arbeitsverhältnisse vorzugehen. Die Einhaltung arbeitsrechtlicher Vorschriften muss besser kontrolliert und das Recht auf freie gewerkschaftliche Organisation geachtet und gewährt werden. In meinem Änderungsantrag mache ich explizit darauf aufmerksam, dass die Einfuhr von Waren aus Zwangsarbeitslagern in die EU strikt unterbunden werden muss (in einem früheren Newsletter hatte ich über die Plenardebatte zu diesem Thema berichtet). Kunden in Europa erwarten, dass die Waren, die sie einkaufen, unter Einhaltung der internationalen arbeitsrechtlichen Konventionen und der Menschenrechte produziert werden. Es ist jedoch erwiesen, dass in China in Zwangsarbeitslagern Waren produziert werden, die unter verschleiern den Markennamen auch nach Europa exportiert werden. Die USA verweigern bereits seit einiger Zeit die Einfuhr der entsprechenden Produkte.

Ausschuss für Frauen- und Gleichstellungsfragen

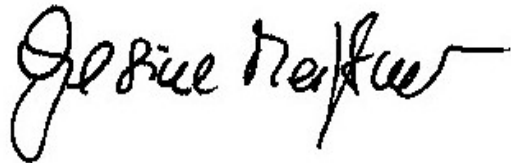
Mobilität und Integration von Menschen mit Behinderung (Schattenbericht)

Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter arbeitet derzeit an einer Stellungnahme zu einem Bericht über Mobilität und Integration von Menschen mit Behinderungen im Hinblick auf die Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020. In meinen Änderungsanträgen weise ich auf die doppelte Benachteiligung hin, mit welcher Frauen mit Behinderung insbesondere auf dem Arbeitsmarkt zu kämpfen haben - sowohl auf Grund ihres Geschlechts als eben auch auf Grund ihrer Behinderung. Außerdem ist es mir als Koordinatorin im Verkehrsausschuss sehr wichtig, gerade die Mobilität von Menschen mit Behinderungen zu erhöhen. Ein besserer Zugang zum öffentlichen Verkehr in ganz Europa wie auch eine Stärkung ihrer Rechte als

Passagiere sind Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration von behinderten Menschen auch im Bezug auf das Recht der Freizügigkeit in Europa.

Es grüßt Sie herzlich aus Straßburg

Ihre

A handwritten signature in black ink, reading "Josée Neff". The signature is written in a cursive style with a long horizontal stroke at the end.

17.05.2011